

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Druck
"Tageblatt", Riesa.

Amtsblatt

Verlagsnummer
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 60.

Freitag, 13. März 1896, Abends.

49. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Vorzahlung in den Expeditionen in Riesa und Straßla oder durch andere Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., bei Vorzahlung am Schalter der hiesigen Postanstalt 1 Mark 25 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Nummern für die Nummer des Ausgabeabendes bis Vormittag 9 Uhr ohne Gebühr.

Druck und Verlag von Renger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Reuntenstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt, Riesa.

Bekanntmachung.

In der am gestrigen Tage in Riesa abgehaltenen Wahlversammlung ist für die bevorstehende VI. evangelisch-lutherische Landesynode als zweiter weltlicher Abgeordneter des VIII. Wahlbezirks

Herr Oberamtsrichter Scheuffler
in Großenhain

gewählt und die Wahl von dem Genannten angenommen worden.
D. S. R., den 12. März 1896.

von Salza und Lichtenau,
Amtshauptmann.

Bekanntmachung.

Rohlenlieferung für den städtischen Schlachthof betr.

Für den hiesigen städtischen Schlachthof werden — lieferbar nach und nach — 6000

Centner böhmische Braunkohlen, Würfelkohle I besserer Qualität, gebraucht. Angebote auf diese Lieferung bietet man bis zum **30. März 1896** **Freitag 5 Uhr beim Schlachthofverwalter**, Herrn Sanitätshilfsarzt Reißner hierseits, abzugeben. Jedem Angebot ist eine Probe von mindestens einem Centner und die Angabe des Wertes, von welchem die Kohle stammt, beizugeben. Die Lieferung hat bis in den Kohlenraum des städtischen Schlachthofs zu erfolgen.

Der Lieferant bleibt für die probemäßige Lieferung und für die angegebene Bezugsquelle haftbar.

Riesa, am 13. März 1896.

Der Rath der Stadt
Rieser.

2.

Anzeigen

für das "Riesner Tageblatt" erbitten und spätestens bis

Vormittag 9 Uhr des jeweiligen Ausgabeabendes.

Die Geschäftsstelle.

Vertikales und Sächsisches.

Riesa, 13. März 1896.

Der Aufsichtsrath der "Kette", Deutsche Elbschiffahrtsgesellschaft, beschloß in seiner gestrigen Sitzung dem Antrage der Direktion gemäß, unter den gewöhnlichen und besonderen Rückstellungen der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 4 1/2 Prozent für das Jahr 1895 in Vorschlag zu bringen.

Eine für die immer mehr aufkommende Straßenbeleuchtung mit Auerischen Doppel-Gasglühlichtbrennern wichtige Erfindung hat nach dem "Geselligen" ein junger Donziger Ingenieur von Worfstein gemacht. Er entdeckte bei seinen Versuchen, die sich besonders auf dem Gebiete der Beleuchtungstechnik bewegten, ein sinnreiches Verfahren, welches es ermöglicht, die genannten Brenner auf den Straßenlaternen von einer Zentralstelle aus gleichzeitig zu entzünden. Die Erfindung ist von einer sächsischen Fabrik sofort für 60000 M. zur Ausbeutung angekauft worden. v. Worfstein ist zum technischen Leiter eines derartigen Unternehmens in München ernannt worden. — Wenn die Einrichtung sich bewährt, dürfte sie wohl bald in anderen Städten zur Anwendung kommen, die sich mehr und mehr dem Gasglühlicht zuwenden.

Der Bericht der ersten Deputation der Ersten Kammer über die Wahlgesetzvorlage ist soeben erschienen. Es heißt in dem Berichte: "Die jetzt gegebene Situation, d. h. die vorgeschrittene Lösung und der Umstand, daß das Einverständnis zwischen der Zweiten Kammer und der königlichen Staatsregierung über die Vorlage das Resultat mühsamer Compromisse ist, bringen es mit sich, daß die Erste Kammer sich praktischer Weise darauf zu beschränken haben wird, entweder die Vorlage in ihrer gegenwärtigen Gestalt anzunehmen, oder aber sie ganz abzulehnen. Es würde vollständig gegenstandslos sein, wollte sie jetzt total andere Prinzipien aufstellen, oder auf wesentliche Modification der Vorlage zu kommen. Denn es ist nicht die mindeste Aussicht dafür vorhanden, daß dergleichen Annahme finden würden. Hieron ausgehend, verzichtet die erste Deputation darauf, ihrerseits theoretisch zu untersuchen, ob nicht etwa eine Erhöhung des früheren Censur oder eine Erhöhung der Altersgrenze für das aktive Wahlrecht unter Beibehaltung des bisherigen Wahlmodus vorzuziehen gewesen wäre oder welcher andere Weg etwa hätte beschritten werden können." Die Deputation empfiehlt angelegentlich die Annahme des Wahlgesetzentwurfes in der mit der Zweiten Kammer vereinbarten Fassung und bemerkt hierzu: "Die Gefahren, welche unser Vaterland bedrohen, wenn wir das Anwachsen der sozialdemokratischen Richtung in der Landesvertretung weiter geschehen lassen, liegen auf der Hand. Hat sich die königliche Staatsregierung im Verein mit der überwiegenden Majorität der Zweiten Kammer zu einem thatkräftigen Vorgehen gegen diese Gefahren entschlossen, so ist es die Pflicht der Ersten Kammer, sie voll zu unterstützen, sie möchte denn den eingeschlagenen Weg für verhängnisvoll halten. Diese Ansicht ist zur Zeit nicht laut geworden. Die Beunruhigung und Bewegung, welche aus Anlaß der Wahlgesetzänderung in einige Kreise der Bevölkerung getragen worden ist, wird dadurch am erfolgreichsten und raschesten beseitigt werden, daß die Landesvertretung in ihrer überwiegenden Mehrheit durch ihre Abstimmung dokumentirt, daß sie die Maßregeln der Regierung für notwendig und zweckmäßig erachtet hat."

Wenn die "Genossen" sich einmal in die Haare geraten, so pflegen sie trotz aller Parteigemeinschaft nicht sehr läublich mit einander umzugehen. Jetzt bedienen sich der "Vorwärts" und die "Leipz. Volksztg." — letztere das Organ des Reichstagsabgeordneten Dr. Schönlan — gegenseitig mit ausgesuchten Liebenswürdigkeiten. Die "Leipziger Volkszeitung" wirft dem "Vorwärts" "Unwahrhaftigkeit" vor, "eine läppische, täppische und unschickliche Färbung der Presse" und schließt mit der Frage: "Wer soll nunmehr den "Vorwärts" in dieser Sache noch ernst nehmen?" Der "Vorwärts" seinerseits versicherte darauf, nicht auf das Niveau einer Polemik mit dem Chefredakteur der "Leipziger Volkszeitung" herabsteigen zu können. Letzteres Blatt kündigte nun eine öffentliche Parteiverammlung an und schreibt dazu: "Kamentlich machen es die wiederholten beleidigenden Darstellungen des "Vorwärts", wonach die Leipziger Parteigenossen Drahtpuppen sein sollen, zur Ehrensache aller Parteigenossen, dem Centralorgan einmal eindringlich und einmütig einen gründlichen Tadel auszusprechen. Es muß dafür gesorgt werden, daß dem "Vorwärts" für alle Zukunft die Lust vergeht, Beschlüsse der Gesamtpartei Leipzigs, die in Versammlungen von Tausenden gefaßt wurden, auf Grund anonymen Briefe "altbewährter Genossen" herabzusetzen zu wollen." — Es bezieht sich das nämlich auf den Beschluß der sächsischen Socialdemokraten, daß ihre Vertreter im Landtage nach Annahme des neuen Wahlgesetzes ihre Mandate niederlegen sollten. Der "Vorwärts" breitet sich, diese Auslassungen des Leipziger Blattes als "Ausgebirten eines überreizten Gehirns" hinzustellen, die Mitleid, nicht Jörn erwecken könnten.

Vom Landtage. Die Erste Kammer bewilligte gestern zunächst die Titel 17, 48, 49, 50, 51 und 52 des außerordentlichen Staatshaushalts, mehrere Eisenbahnbauten, als 1) Arealerwerb für ein drittes und viertes Gleis der Eisenbahnstrecke Dresden-Niederwitz und Hochlegung zweier Gleise der Teilschleife Dresden-Reick, 2) Johannsgeorgenstadt-Landeshöhe, 3) Deucha-Brandis-Altenhain, 4) Zwönitz-Grünhain-Altcrlein-Scheibenberg, 5) Klingenberg-Frauenstein, 6) Müllersdruff-Jollhaus-Bieberstein-Rossen betreffend, und erledigte die hierzu eingegangenen zahlreichen Petitionen in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Zweiten Kammer. Zu Punkt 5) gab Hr. Bürgermeister Dr. Beck-Freiberg dem Bedauern Ausdruck, daß diese Bahn das letzte Glied einer Kette von Eisenbahnbauten bilde, welche der Stadt Freiberg Verkehrsgebiete entzogen und anderen Städten zugeführt hätten. Hr. Kammerherr v. Burgl verwendete sich für die planmäßige Anlage von Nebenbahnen als Verbindungsgliedern der großen Linien. Weiter erklärte sich die Kammer durch den mit dem Königl. Dekret Nr. 7 vorgelegten Bericht über die Verwaltung und Vermehrung der Königl. Sammlungen für Kunst und Wissenschaft in den Jahren 1892 und 1893 für befriedigt. — Nächste Sitzung Montag. — Die Zweite Kammer beriet zunächst die Kapitel 59 bis 62 und 64 bis 69a des Etats, das Departement des Innern betreffend. Beim Kapitel 59, Frauenklinik, beantragte die Finanzdeputation A den Titel 24, einmalige außergewöhnliche Ausgaben zu Vorarbeiten für einen Neubau der Frauenklinik, abzulehnen. Gegen diesen Antrag sprachen die Abgg. Dr. Winkholz und Niehammer, während Vizepräsident Georgi und Abg. Wilmann-Görlitz den Deputationsantrag verteidigten. Sr. Excellenz Hr. Staatsminister v. Meißel rechtfertigte die Regierungsvor-

lage und widerlegte die Bedenken, die die Deputation dagegen gehabt habe. Nachdem noch Abg. Kellner und wiederholt Vizepräsident Georgi für den Deputationsantrag, der Abg. Niehammer für die Regierungsvorlage gesprochen hatten, wurde nach dem Deputationsantrag Titel 24 des Kap. 59 abgelehnt, im übrigen Kap. 59 angenommen. Bei Kap. 60 — Kommission für das Veterinärwesen — sprach Abg. Matthes gegen Abg. Zedler für ein Viehvericherungsgesetz. Die Abgg. Köhner und Köster brachten eine Pferdebefreiung in der Gegend von Borna zur Sprache und baten die Regierung, die dadurch entstandenen Schäden nach Kräften zu lindern. Sr. Excellenz der Hr. Staatsminister v. Meißel sicherte das Wohlwollen der Regierung für die Pferdebesitzer, deren Verhältnisse durch die Krankheit besonders drückende geworden seien, zu und stellte es dem Abg. Köhner anheim, den leicht zu findenden Weg zu suchen, auf dem die Regierung in den Stand gesetzt würde, zu helfen. Zum Kap. 64, Feuerwehrgeld, sprach Abg. Reichmann. Die Kapitel des Etats des Ministerium des Innern wurden sämtlich nach dem Deputationsantrag bewilligt. — Sodann trat die Kammer in die Vorberatung zum Dekret 25, Erbauung eines Fernheiz- und Elektrizitätswerkes betreffend, ein. Abg. Cräwell sprach sich im allgemeinen zustimmend aus. Sr. Excellenz der Hr. Staatsminister v. Wapdorf begründete das Dekret ausführlich. Er führte aus, die Errichtung der Anlage sei aus verschiedenen Schwierigkeiten bei Heizung der einzelnen Gebäude nötig geworden, da die Vorschriften der Reichsgesetzgebung über die Dampfheizung gerade in solchen Gebäuden keine Dampfheizung zulassen, wo man sie verwenden möchte. Er habe Gutachten technischer Autoritäten, u. A. des Herrn Prof. Rieschel in Berlin eingeholt, welche sich zumutend äußerten. Ein großer Vortheil des Werkes liege darin, daß gegen 80 einzelne Feuerstellen beseitigt werden und damit eine große Sicherung gegen Feuergefahr erreicht wird, sowie daß Beamte ausgebildet werden können, die mit elektrischen Anlagen umzugehen verstehen. Bei der zunehmenden Bedeutung der Electricität für die Technik müsse der Staat sich solche Leute sichern. Der Bau liege allerdings wieder in Dresden, aber es sei durchaus nicht wahr, daß in Dresden in nächster Zeit eine Ueberhäufung mit öffentlichen Bauten stattfinden werde. Sollte die Deputation zu der Ansicht gelangen, erst weitere Erfahrungen zu sammeln, und Gutachten im Auslande einzuholen, so würde sich ja die Regierung damit einverstanden erklären müssen, aber die Verantwortung für etwa vorkommende Brandunfälle müßte er dann von sich abweisen. Abg. Kellner (nat.-lib.) beantragte hierauf, den Titel 55 (Umgestaltung des Bahnhofes Wälfenbrand) der Finanzdeputation B, Titel 56 (Fernheizung- und Elektrizitätswerk zu Dresden) der Finanzdeputation A zu überweisen. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme. — Nach Erledigung zweier Beschwerden verhandelte man schließlich über die Petitionen des Allgemeinen Hausbesitzervereins zu Dresden und Genossen, um Abänderung des Einkommensteuergesetzes bezügl. Aufstellung der Hauslisten und betreffs der bei Versteuerung des Einkommens aus Hausgrundstücken zulässigen Abzüge. Hierbei sprach Abg. Frißche-Weipzig über Abänderung der Formulare der Hauslisten. Die Listen könnten auf einem halben Blatte kleineren Formates genau daselbe enthalten. Die kurze Ablieferungsfrist von 8 Tagen bedeute für den Hausbesitzer viel Arbeit und Unruhe. Durch das Circuliren der Listen im ganzen Hause würden nicht nur anstehende